

**Universitätsstadt Tübingen**  
Fachbereich Kultur  
Daniela Rathe, Telefon: 07071-204-1241  
Gesch. Z.: 4/

Vorlage 81/2013  
Datum 28.02.2013

## **Mitteilungsvorlage**

zur Kenntnis im **Ausschuss für Kultur, Integration und Gleichstellung**

---

**Betreff:** Kulturelle Nutzung Konzertsaal Wilhelmstraße/KSG-Saal  
**Bezug:** Vorlage 42/2013

Anlagen: 0

---

### **Die Verwaltung teilt mit:**

In einer öffentlichen Veranstaltung wurde auf Einladung der Verwaltung die interessierte Kulturszene befragt, welche Nutzungsvorschläge sie für einen möglichen Saal an der Wilhelmstraße favorisiert. Die Mehrheit sprach sich für einen Konzertsaal mit entsprechender Akustik und bei gleichzeitiger Nutzungsmöglichkeit für die Sparte Tanz aus.

### **Ziel**

Information für den Gemeinderat über die durchgeführte Veranstaltung und deren Diskussionsergebnisse

### **Begründung:**

#### 1. Anlass / Problemstellung

Aufgrund der angekündigten Spende der Karl Schlecht Gesellschaft, für den Bau eines Kultur- und Veranstaltungssaal in der Wilhelmstraße so wie der Beschluss im Rahmen der Kulturkonzeption, einen Innenstadtsaal für Tübingen zu planen, hat die Verwaltung zu einer öffentlichen Diskussion am 29.01.2012 in den Veranstaltungssaal des Fachbereichs Kultur eingeladen. Zu dieser Veranstaltung waren explizit Akteure aus der Kulturszene d.h. Interessierte, Kultureinrichtungen, Vereine so wie Künstlerinnen und Künstler selbst eingeladen wor-

den, um Vorschläge über zukünftige Bedarfe abzufragen und Nutzungskonzepte zu diskutieren.

## 2. Sachstand

Der Einladung zu der Veranstaltung waren ca. Personen gefolgt. Nach Einführung zu dem Thema durch Herrn Oberbürgermeister Palmer und die Fachbereichsleiterin Frau Rathe wurden einige Fragen zu dem derzeitigen status quo gestellt.

Nach Klärung der Rahmenbedingungen waren die zentralen Diskussionspunkte:

- a) Saalvermietung: Wichtig ist eine leichte Zugänglichkeit so wie moderate Mietpreise. Eine transparente Vergabepolitik sollte ebenso garantiert werden. Dies ist auch im direkten Zusammenhang mit den Folgekosten und den Unterhaltungskosten für die Stadt zu sehen. Eine Synergie mit den Sälen der Museumsgesellschaft wurde, wenn mit dem Restaurantpächter im Erdgeschoss möglich, begrüßt.
- b) Eine Verbindung mit der Musikschule sollte weiterhin mit in die Überlegungen fließen. Die Verwaltung der Musikschule könnte den Saal verwalten.
- c) Nutzungskonzept und die Anforderungen: Deutlich wurde, dass ein Multifunktionsaal nicht angestrebt werden sollte, weil er dann für keine Kunstsparte gute Bedingungen anbieten könnte. Im Verlauf des Abends kristallisierte sich die Nutzung als Konzertsaal mit entsprechender Akustik und mit einer Bühnensituation für Musik und Tanz heraus. Wenn die Bestuhlung und der Einsatz der Wände flexibel gehandhabt würde, könnten auch Kongresse (Universität) dort stattfinden. Ein zentrales Universitätsmuseum dort zu errichten, wurde vom Prorektor der Universität abgelehnt. Für einen weiteren Theatersaal wurde kein Bedarf gesehen. Eine Konkurrenz zu dem geplanten Ausbau des Sudhaussaals wird nicht gefürchtet. Vielmehr sieht man hier eine Ergänzung des Angebots in Tübingen. Bei einer abschließenden Frage des Meinungsbildes zeigte sich bei einigen Enthaltungen und einer expliziten Gegenstimme die überwiegende Mehrheit mit dem Nutzungskonzept Musik und Tanz einverstanden.
- d) Weitere Anregungen:
  - Platz für Übertragungswagen mit einplanen
  - Das Problem Räume für dauerhafte Nutzung zur Verfügung zu haben, ist damit nicht behoben. Der Bereich Kulturelle Bildung kann nur durch kontinuierliche Arbeit erfolgreich sein. Dementsprechend werden weiterhin dringlich Proberäume für Musik und Tanz benötigt.
  - Der Saal soll in eine gesamtstädtische Raumaufstellung integriert sein. (Anmerkung: der Fachbereich Kultur hat sich dies zur Aufgabe gemacht)
  - Zur weiteren Erarbeitung des Nutzungskonzeptes wird ein direkter Ansprechpartner in der Verwaltung gewünscht.

3. Weiteres Vorgehen:

Die Verwaltung stellt der GWG die Informationen zur Verfügung, damit diese in die Verhandlungen mit der Karl Schlecht Stiftung eingebracht und die Realisierungsmöglichkeiten abgeglichen werden können.

